

# Kultur und Wirtschaft – derselbe Kampf?

Europäische Kulturvielfalt und global players

*Wolfgang Thierse*

Ich will gleich mit der Tür ins Haus fallen: Kultur und Wirtschaft – JA, wenn damit gemeint ist, in der Wissensgesellschaft die Kulturwirtschaft als ein Feld moderner – gewissermaßen postindustrieller – Industriepolitik, besonders in den Blick staatlichen Handelns zu nehmen. Kultur und Wirtschaft – NEIN, wenn damit Kultur darauf reduziert würde, bloß noch wirtschaftlicher Standortfaktor, Imagekonzept, Event- und Leuchtturmförderung, neues Unternehmertum zu sein, wenn dies hieße, Marktfreiheit gegen die Verteidigung sozialstaatlicher Strukturen und die gewachsene und lebensnotwendige öffentliche Kulturförderung auszuspielen.

Zunächst möchte ich an die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Neoliberalismus und sozialer Demokratie erinnern: Selbst in Deutschland kommt langsam die Erkenntnis an, dass die Politik als gescheitert gelten kann, die man auf globaler Ebene in den 1980er und 1990er Jahren als *Washington Consensus* bezeichnet hat und die auf Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Märkte, auf Steuersenkung und Staatsabbau abzielte. Statt Wohlstandsmehrung und soziale Befriedung überwogen gravierende Fehlentwicklungen, wie Sozialdumping, der Abbau von Standards, ein steigendes, sich verschärfendes Gefälle zwischen arm und reich, eine Gefährdung der kulturellen Vielfalt. Heute ist selbst bei Weltbank und IWF die Rede davon, dass das Verhältnis von Politik und Markt neu durchdacht werden muss, weil der Markt den sozialen Zusammenhalt und eine gute soziale, administrative und legale Infrastruktur nicht zureichend stützen kann. Der Politikwissenschaftler Stephan Leibfried brachte dies (in der ZEIT 16. Mai 2007) auf den Punkt: »ohne einen starken Staat ist Liberalismus gar nicht denkbar« und weiter: »auch ein globaler, freier Markt bedarf – wenn er Markt bleiben und nicht zum Schlachtfeld werden soll – der Rechtsdurchsetzung und wohlfahrtlichen Abfederung.«

Der freigelassene Markt kann eben nicht ausreichend für öffentliche Güter wie Umwelt, Gesundheit, Ernährung, Armutsbekämpfung, wie für Bildung, Wissenschaft und Kultur sorgen, vielmehr zerstört er seine eigenen Voraussetzungen. Folgen sind Konzentration statt Konkurrenz, Gefährdung der Demokratie – woanders soziale Unruhen, bei uns Populismus –, auch die Dominanz weltweiter Monokultur: In diesem Sinne nannte Benjamin Barber die kulturelle Liberalisierung bekanntlich »McWorld«. Er sprach von der »verführerischen Mischung aus Kommerz-Illusion, Bedürfnismanipulation und Ersatzbefriedigung«, von dieser »hypnotisierenden globalen Medienwelt«, die allenthalben das Bewusstsein zu unterwandern droht: mehr Hollywood, mehr Microsoft, mehr Infotainment, mehr gleiche Einkaufsparadiese, von der »Walmartisierung« war jüngst auf einem kulturpolitischen Kongress über das »neue Antlitz des amerikanischen Kapitalismus« in Oxford die Rede.

Auch wenn man nicht zum kulturkritischen Pessimismus neigt – das sind gewiss alles überpointierte Formulierungen, die ich zitiert habe –, so heißt die elementare Einsicht aus den vergangenen zwei Jahrzehnten: Marktradikale Ideologien machen blind gegenüber der Notwendigkeit, über demokratische Rahmenbedingungen Märkte sozial, politisch und kulturell einzubinden, eine marktverträgliche politische Steuerung im Dienste des Gemeinwohls durchzusetzen. Die Globalisierung hat das, was einst freundlich »rheinischer Kapitalismus«, »sozialstaatlich gebändigter Kapitalismus« oder »antagonistische Kooperation« genannt wurde, nationalstaatlich nach und nach aus den Angeln gehoben, jedenfalls gefährdet. Ist das alles damit historisch endgültig erledigt? Doch wir haben die einzigartige Chance, in Euro-pa, dem größten Binnenmarkt der Welt, dieses Primat der Politik zu rekonstruieren. So verschieden nationale Varianten des europäischen Sozialmodells sind, mehr oder weniger kennen alle Sozialstaaten in Europa einen entwickelten und leistungsfähigen Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, geregelte Arbeitsbedingungen sowie öffentliche Daseinsvorsorge, worunter ja auch die besondere öffentliche Verantwortung für die Kultur fällt.

Jetzt konkreter zum Kulturellen: Kunst und Kultur sind nicht einfach nur Dienstleistung oder Wirtschaftszweig. Es ist das Wesen von Kultur – und darin besonders der Künste – Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit zu schaffen, in denen die Menschen jenseits ihrer Markt-Rollen als Produzenten und

Konsumenten agieren und sich wahrnehmen können. Hier, in der Kultur, wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt und gehandelt. Doch die vorwiegend wirtschaftsliberal geprägte Globalisierung, auch die interkulturelle Gesellschaft und die Ausbreitung elektronischer Medien, setzen diese Kultur als »schönste Form der Freiheit« (Michael Naumann) unter Druck. Zwei Megatrends sind entstanden: eine Zunahme des weltweiten kulturellen Austausches sowie eine Zunahme des Warencharakters von Kunst und Kultur, deren Unterwerfung unter rein betriebswirtschaftliche Logik.

Mit ersterem umzugehen, ist schon schwer, obwohl diese Zunahme des weltweiten interkulturellen Austausches wirklich eine Bereicherung ist. Daneben ist es eine zweite zentrale Aufgabe von Kulturpolitik geworden, Strategien zu entwickeln, die die totale Ökonomisierung von Kunst und Kultur aufhalten. Auch deshalb bemühen wir uns übrigens um Aufnahme des Staatszieles Kultur ins Grundgesetz. In der UNESCO-Konvention zum Schutze der kulturellen Vielfalt wird in unserem Sinne ja dieser besondere Doppelcharakter von Kultur unterstrichen, denn »kulturelle Aktivitäten, Güter und Dienstleistungen (haben) sowohl eine wirtschaftliche als auch eine kulturelle Natur (...), da sie Träger von Identitäten, Werten und Sinn sind, und daher nicht so behandelt werden dürfen, als hätten sie nur einen kommerziellen Wert«.

Wir kennen die GATS-Verhandlungen, die darauf abzielen, den weltweiten Dienstleistungsverkehr zu liberalisieren. Es geht darum, wie in diesen GATS-Verhandlungen mit Kultur umgegangen wird. Ob sie von diesen Liberalisierungsverhandlungen betroffen ist oder ausgenommen bleibt. Denn Dienstleistungen von öffentlichem Interesse dürfen nicht schutzlos dem Diktat des Wettbewerbs ausgeliefert werden: etwa der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der in Erfüllung seines Informations- und Bildungsauftrages einen unverzichtbaren Kulturauftrag – der ja sogar Verfassungsrang hat in Deutschland – wahrnimmt, oder die nationale und regionale Filmförderung, die entscheidend zur Vielfalt des hiesigen Filmschaffens beiträgt, oder das System der Verwertungsgesellschaften, das den Urnehmerschutz realisiert. Etwa würden durch eine Aufhebung der Buchpreisbindung kleinere Verlage und viele Buchhandlungen gefährdet; viele Buchtitel, die nicht das Zeug zum Bestseller haben, würden nicht erscheinen. Es erscheint mir nicht sonderlich sinnvoll, dass Warner Brothers oder die Walt-Disney-Company mit unseren Stadttheatern gleichgestellt werden, das wäre das Ende der deutschen Theatervielfalt in Deutschland – ein besonderer Reichtum und eine schwierige nationale Geschichte. Es ist gefährlich, wenn seriöse Qualitätszeitungen von Hedge-Fonds übernommen werden, deren kurzfristige und überzogene Renditeerwartungen den Informations- und Bildungsauftrag tendenziell zerstören.

Der EG-Vertrag erkennt explizit die Sonderposition der Kultur und die daraus erwachsende Notwendigkeit einer größeren Handlungsfreiheit der Mitgliedstaaten im Verhältnis zur Gemeinschaft an. Er enthält ein ausdrückliches Harmonisierungsverbot im Kulturbereich und erkennt kulturell motivierte Beihilfen als genehmigungsfrei an. Ein vergleichbares »Kulturbewusstsein« fehlt dem GATS dagegen bisher. Da muss man sich weiterhin dafür einsetzen, dass die EU auch im Falle von Handelszugeständnissen in anderen Dienstleistungsbereichen keine Zugeständnisse bei Kultur- und Mediendienstleistungen macht.

In der deutschen Debatte sprechen wir von kultureller »Daseinsvorsorge« oder kultureller »Grundversorgung«: Nach unserer Überzeugung hat der Kulturstaat ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten zu ermöglichen, zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen, für breite Teile der Bevölkerung. Das ist unser Verständnis von der Aufgabe des Kulturstaates. Dazu muss eine ausreichende öffentliche Finanzierung sichergestellt werden, was selbstverständlich auch nicht ohne bürgerschaftliches Engagement vielfältiger kultureller Vereine und Stiftungen geht. Selbst im Kultbuch zur »digitalen Boheme« von Olm Friebe und Sascha Lobo kann man nachlesen, wie sehr auch die neuen Arbeitsformen auf tradierte, öffentlich geförderte oder öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen, auf Universitäten, Bibliotheken, Theater usw. angewiesen sind und bleiben.

Unsere drei Schlüsselbegriffe der Kulturpolitik sind von daher:

- Kultur ist ein öffentliches Gut – das heißt nicht: Es ist alles staatlich, es ist ein öffentliches Gut. Die Gemeinschaft, also Politik hat die Verantwortung für ihre Zugänglichkeit.
- Das zweite Stichwort heißt kulturelle Teilhabe: Mehr denn je können wir beobachten, dass soziale Exklusion,

soziale Spaltung eine kulturelle Dimension hat: Zugang oder Ausgeschlossen-sein von Kultur. Das ist eine der wesentlichen Qualitäten sozialer Spaltung in unserer Gesellschaft, etwas, was sich verschärft.

- Das dritte Stichwort heißt kulturelle Bildung. Sie muss integraler Bestandteil von Bildung überhaupt sein und bleiben.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen nun ein paar Bemerkungen zur Kulturwirtschaft und zur sog. Kreativwirtschaft:

- Wichtig ist, nicht nur den kreativen Sektor im engeren Sinne zu beachten, in dem Kultur zu einem kreativen Produktionsmittel zur Herstellung nicht kultureller Waren wird, wie Modedesign, Werbung oder Architektur. Nicht vergessen dürfen wir die traditionellen Kulturbranchen wie Kino, Musik, Verlagswesen, Medien. Und es gibt die künstlerische bzw. kreative Herstellung von nicht reproduzierbaren Waren und Dienstleistungen wie Kunsthandwerk, Fotografie oder Theater und Museen. Immer wichtiger in einem Land, das nicht an jedem Tag über tropische Temperaturen verfügt: der Kulturtourismus. – Für alle Bereiche gilt: Die Unterstützung von Kunst und Kultur beginnt schon vor der Kulturpolitik im engeren Sinne, sie wird zur politischen Querschnittsaufgabe, hat auch mit Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und (vor allem) Bildungspolitik zu tun. Das Neue liegt vielleicht in der Entdeckung, dass dieser Kreativbereich überproportional wächst, mittlerweile Arbeitsplätze vergleichbar mit anderen großen Branchen geschaffen hat, und dass jetzt die Gesamtheit des kulturellen und kreativen Sektors durch eine postindustrielle Industriepolitik besser zu fördern ist.
- Sein Umfang ist beeindruckend: Nach einer jüngst für die Kommission durchgeführten Studie arbeiteten 2004 mehr als 5 Mio. Personen im Kultursektor, das entspricht 3,1 % der erwerbstätigen Bevölkerung, die etwa 2,6% zum BIP der EU beigetragen haben. Richtig ist, dass in der ersten europäischen Kulturstrategie von drei zentralen Zielen die Rede ist: neben der Förderung der Kultur als Katalysator der Kreativität im Rahmen der auf Wirtschaftswachstum zielenden Lissabon-Strategie eben auch zum Zweiten die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs in Europa und zum Dritten die Förderung der Kultur als wesentliches Element der internationalen Beziehungen der Union. Da ist angelegt, dass das Geschäftemachen nicht die kulturpolitisch wertorientierten Kriterien verdrängen darf – denn nicht alles, wozu Kreativität gebraucht wird, ist förderungswürdig – nehmen wir die extremen Beispiele rechtsradikaler Rockmusik oder Inhalte des Netzes und der Computerspiele, die Gewalt verherrlichend sind. Oder anders gesagt: Auch der neue kreative Sektor muss sich kulturkritische und moralische Fragen gefallen lassen.
- Gerade die vor allem in kleinen Unternehmen organisierte Kulturwirtschaft, die in Deutschland lebende Künstler und Publizisten fördert, ihre Werke vermarktet und dem Publikum zugänglich macht, wäre bei einem vollständig liberalisierten Markt durch global agierende Kulturwirtschaftsunternehmen gefährdet. Auch da, wo es Übergänge von der Kunst in die Richtung einer – vielleicht etwas banaleren – Kreativität gibt, gilt die Idee der Kulturförderung, das Künstlerische und Kulturelle zu ermöglichen und zu sichern, was gut ist, was der Markt aber alleine nicht in ausreichender Zahl und Qualität ermöglichen kann.
- Es wird derzeit mit Faszination auf die Idee geblickt, die Kreativen als Unternehmer und als Standortfaktor zu fördern. Das ist nichts Schlechtes, tatsächlich sind ja Ideen, Innovation, Information, Humankapital, »Content« usw. in der Wissensgesellschaft entscheidend. Doch sollte der modische Enthusiasmus nicht – gerade wenn man die jungen Einsteiger unterstützen will – den Blick auf deren wirklichen sozialen Verhältnisse versperren. Wie bei den Künstlern oder Kulturvermittlern im engeren Sinne, geht es offensichtlich auch hier nur ein paar Produzenten richtig gut. Ansonsten sind die Stichworte eher: Generation Praktikum, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, ob mit befristeten schlecht bezahlten Arbeitsverträgen oder als sich selbst ausbeutendes Selbstunternehmertum. Zugespitzt: Das neue digitale Boheme-Leben mit Wireless-Lan in den Cafés hat auch etwas mit der beengten Studentenbude zu Hause zu tun. Und ein Zukunftsproblem kommt auf uns zu: Altersarmut wie bei vielen »nach-68er« Kulturvermittlern und -organisatoren, die seit den siebziger Jahren in den soziokulturellen Zentren wichtige Arbeit leisteten, denen jetzt ohne Festanstellung und Normalarbeitsbiographie Rentenprobleme und Altersarmut drohen. Wir können jetzt schon erleben, was der jungen Generation in dreißig oder vierzig Jahren auf drastischere Weise blüht.
- Auch wir im Bundestag haben der Kulturwirtschaft jüngst unsere Unterstützung versichert: Es geht darum, den

Zugang der Freiberufler sowie kleinen Kulturwirtschaftsunternehmen zu finanziellen Ressourcen zu erleichtern. Es geht darum, Beratungsangebote für Existenzgründer und Selbständige zu fördern, wie auch die Mittelstandspolitik auf den Kulturbereich zuzuschneiden. Es geht darum, eine kohärente politische Strategie zu entwickeln, zu der auch gehört, in verschiedenen Rechtsbereichen auf günstige Rahmenbedingungen zu achten: beim Urheberrecht, der Sozialgesetzgebung, der Medienordnung, beim Steuerrecht und Wettbewerbsrecht. All diese rechtlichen Bereiche passen noch nicht auf die neuen Entwicklungen. Die dritte Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes, die die Künstlerkasse auf eine sicherere finanzielle Basis stellt, gehört auch hierzu. Die Kulturwirtschaft soll als eigenständiger Wirtschafts-, Standort- und Tourismusfaktor unterstützt werden. Doch findet sich auch die Rückbindung, wir haben einen Satz hineingeschrieben – von dem ähnlich oben bereits einmal die Rede war: »In ihrer Politik für den Bereich Kulturwirtschaft dem Doppelcharakter kultureller Leistungen als Kulturgut und als Wirtschaftsgut Rechnung zu tragen«.

Damit schließt sich der Kreis meiner Eingangsbemerkungen. Zum Schluss nochmals zugespitzt: Es gibt natürlich in der Wissensgesellschaft, in der Bildung, Forschung, Kultur, die entscheidende Zukunftsressourcen geworden sind, wichtige fließende Übergänge zum Wirtschaftlichen. Doch erstens geht es darum, die Vorstellung von Bildung und Wissen nicht zu verengen, sondern zu begreifen, dass über die naturwissenschaftlich-mathematische Bildung und technische Innovation hinaus, ganzheitliche Bildung, geisteswissenschaftliche Forschung auch in so genannten Orchideenfächern und vor allem auch die Potenziale von Kultur und Kreativität genutzt werden. Zweitens bleibt es bei aller wirtschafts- und industriepolitischen Unterstützung für Kulturpolitik zentral, nicht vollends in kurzfristiges betriebswirtschaftliches Argumentieren und kulturfernes Denken abzuleiten. Ökonomische Sekundärbegründungen mögen im Kampf gegen Kürzungen, bei Entscheidungen zwischen Sozial- und Kulturausgaben ihren taktischen Platz haben, Arbeitsplatz- und Standortinteressen sind legitim. Doch bei allen marktwirtschaftlichen Überlegungen bleibt die kulturpolitische Gesamtverantwortung. Wer Kultur nicht auch emphatisch als Bildungsauftrag formuliert, nicht auch den grundsätzlichen Selbstzweck, ja die Autonomie von Kunst und Kultur unterstreicht, der hat schon verloren.